PRESSEMITTEILUNG



<u>Dr. Frank Brodehl anlässlich des heutigen Bildungskongresses der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL-SH) in Kiel:</u>

"Die Auflösung des gegliederten Schulsystems hat sich als Fehler erwiesen – Jamaika muss jetzt gegensteuern"

Kiel, 25. Mai 2019 Die scheidende Vorsitzende des schleswig-holsteinischen Lehrerverbandes IVL, Grete Rhenius, hat auf der heutigen IVL-Tagung "Bildung – Spielball der Politik" in Anwesenheit von Bildungsministerin Karin Prien der CDU vorgeworfen, ihre "bildungspolitischen Überzeugungen über Bord geworfen und im Mülleimer entsorgt zu haben". Dr. Frank Brodehl, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

"Die Kritik des IVL ist berechtigt. Insbesondere jene an der Abschaffung der Realschulen durch die SPD und an der nun fehlenden Möglichkeit für Gemeinschaftsschulen, leistungsdifferenzierte Klassen einzuführen. Denn angesichts einer immer heterogener werdenden Schülerschaft brauchen wir gerade letzteres.

Wir müssen das Konzept der schulischen Autonomie in den Fragen von Organisation und Bildung von Klassen und Kursen wieder stärken. Dass sich die Bildung abschlussbezogener Klassen/Kurse und Formen der Binnendifferenzierung hierbei nicht ausschließen, sondern ergänzen, liegt für die AfD-Fraktion seit langem auf der Hand.

Genau deshalb haben wir bereits im November 2018 einen Gesetzentwurf eingebracht, der Gemeinschaftsschulen wieder die Möglichkeit eröffnet, Schüler ab der achten Klasse entsprechend ihres Leistungsvermögens in getrennten Kursen und Klassen zu unterrichten und zwar je nachdem, ob diese den Hauptschul- oder den Realschulabschluss anstreben. Leider hat die der CDU-geführte Jamaika-Koalition zusammen mit SPD und SSW diesen Gesetzantrag abgelehnt.

Der heutige Bildungskongress des IVL hat gezeigt, dass dies ein Fehler war, denn viele Gemeinschaftsschulen wollen tatsächlich ,abschlussbezogene Klassen' wieder einführen. Dass die CDU mit Rücksicht auf den grünen Koalitionspartner ihnen diese Möglichkeit



vorenthält, stellt einen Kniefall vor linksgrüner Ideologie und dem 'Eine Schule für alle'-Glaubensbekenntnis der SPD dar. Das muss endlich ein Ende haben!"

Weitere Informationen:

• **AfD-Gesetzentwurf** vom 30. November 2018 zur Änderung des Schulgesetzes: http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/01100/drucksache-19-01107.pdf